

## Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats Wetzikon

Sitzung vom 30. Mai 2018

---

**97    16.05.6    Initiativen, Petitionen  
                                 Volksinitiative "Fernwärmeinitiative", Feststellen des Zustandekommens**

### **Ausgangslage**

Mit Stadtratsbeschluss vom 8. November 2017 (SRB-Nr. 218/2017) wurde festgestellt, dass Titel, Begründung und Unterschriftenliste der am 28. September 2017 zur Vorprüfung eingereichten Volksinitiative "Fernwärmeinitiative" den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Gleichzeitig wurde das Datum der Veröffentlichung im Städtischen Amtsblatt "Zürcher Oberländer" auf den 10. November 2017 festgelegt und vorgemerkt, dass die sechsmonatige Sammelfrist gemäss § 126 Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) i.V.m. Art. 27 der Kantonsverfassung (LS 101) mit diesem Tag zu laufen beginnt und somit am 10. Mai 2018 endet.

Die Volksinitiative "Fernwärmeinitiative" wurde am 17. April 2018 bei der Stadtkanzlei mit 722 Unterschriften eingereicht.

In der Folge war aufgrund der eingereichten Unterschriften zu prüfen, ob die Volksinitiative zustande gekommen ist. Massgebend dafür sind die Bestimmungen des GPR über die kantonalen Volksinitiativen, die gemäss § 155 GPR für kommunale Volks- und Einzelinitiativen in Parlamentsgemeinden sinngemäss gelten. Prüfung und Feststellung des Zustandekommens einer Initiative müssen innert drei Monaten ab Einreichung erfolgen. Mit dem vorliegenden Beschluss wird diese Frist gewahrt.

### **Erwägungen**

Eine Unterzeichnung ist gültig, wenn die unterzeichnende Person in der Stadt Wetzikon politischen Wohnsitz hat und sie die Initiative nicht bereits einmal unterzeichnet hat. Massgebend für die Beurteilung der Gültigkeit einer Unterzeichnung ist der Zeitpunkt der Prüfung (§ 127 Abs. 2 GPR). Der Stadtrat hat so viele Unterzeichnungen durch die Stimmrechtsregisterführenden auf ihre Gültigkeit prüfen zu lassen, als dies für das Zustandekommen der Initiative erforderlich ist (§ 127 Abs. 3 GPR). Gemäss § 146 Abs. 2 lit. a GPR i.V.m. Art. 8 Abs. 4 der Gemeindeordnung ist eine Volksinitiative zustande gekommen, wenn sie von mindestens 500 Stimmberechtigten unterstützt wird.

Die eingereichten Unterschriften wurden durch die Einwohnerdienste geprüft. Gemäss der Bescheinigung vom 24. April 2018 enthalten die 148 Unterschriftenlisten 651 gültige und 71 ungültige Unterschriften. Die für das Zustandekommen der Volksinitiative erforderliche Unterschriftenzahl ist damit erreicht.

Somit kann festgestellt werden, dass sämtliche Voraussetzungen für das Zustandekommen der Volksinitiative "Fernwärmeinitiative" erfüllt sind. Dieses Ergebnis ist amtlich zu veröffentlichen (§ 127 Abs. 4 GPR).

Ist eine Initiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs – wie dies vorliegend der Fall ist – zustande gekommen, beschliesst der Stadtrat innert sechs Monaten seit der Einreichung über ihre Gültigkeit (§ 130 Abs. 1 GPR). Hält der Stadtrat die Initiative für vollständig ungültig, stellt er dem Grossen Gemeinderat innert der erwähnten 6-Monats-Frist Antrag auf Ungültigkeitserklärung (§ 130 Abs. 2 GPR). Hält der Stadtrat die Initiative demgegenüber für wenigstens teilweise gültig, erstattet er dem Gemeinderat innert neun Monaten nach Einreichung der Initiative Bericht und Antrag über deren Gültigkeit und Inhalt (§ 130 Abs. 3 GPR).

Beabsichtigt der Stadtrat, dem Grossen Gemeinderat einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, so beträgt die Frist für Bericht und Antrag 16 Monate nach Einreichung der Initiative (§ 130 Abs. 4 GPR). Die Unterbreitung eines Gegenvorschlags ist gemäss § 130 Abs. 1 GPR zusammen mit dem Beschluss über die Gültigkeit zu beschliessen.

Die Vorbereitung dieser stadträtlichen Anträge an den Grossen Gemeinderat wird der Energiekommission zugewiesen.

Die Veröffentlichung des Zustandekommens erfolgt am 5. Juni 2018 durch die Stadtkanzlei.

#### **Der Stadtrat beschliesst:**

1. Es wird festgestellt, dass die Volksinitiative "Fernwärmeinitiative" zustande gekommen ist.
2. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) wegen Verletzung der politischen Rechte oder von Vorschriften über ihre Ausübung innert fünf Tagen gerechnet ab dem Tag nach seiner Veröffentlichung auf der Website der Stadt Wetzikon (amtliches Publikationsorgan) beim Bezirksrat Hinwil, 8340 Hinwil, schriftlich Stimmrechtsrekurs erhoben werden. Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss und die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und wenn möglich beizulegen.
3. Die Stadtkanzlei wird beauftragt, Ziffer 1 und 2 dieses Beschlusses auf der Website der Stadt Wetzikon (amtliches Publikationsorgan) zu veröffentlichen.
4. Die Abteilung Umwelt wird beauftragt, die Gültigkeit der Volksinitiative zu prüfen, entweder der Energiekommission zuhanden des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats Antrag betreffend eine allfällige Ungültigkeitserklärung zu stellen oder im Fall der Gültigkeit bei der Energiekommission den Entscheid hierüber und über die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags einzuholen und diesem anschliessend innert Frist zuhanden des Stadtrats und des Grossen Gemeinderats Bericht und Antrag über die Initiative zu erstatten.
5. Dieser Beschluss ist öffentlich.
6. Mitteilung durch Stadtkanzlei an:
  - Mitglieder des Initiativkomitees
  - Geschäftsbereich Alter, Soziales + Umwelt
  - Stadtwerke
  - Energiekommission
  - Stv. Stadtschreiberin
  - Parlamentsdienste (zuhanden Grosser Gemeinderat)

Für richtigen Protokollauszug:

**Im Namen des Stadtrats**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Peter', written in a cursive style.

Marcel Peter, Stadtschreiber